

## PRESSEMITTEILUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bitte Sie nachfolgende Pressemitteilung zu veröffentlichen.

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit unter +49 177 3471510 zur Verfügung.

---

### Kommunen am Limit: BSW Bayern fordert Finanzwende für Städte und Gemeinden

*München, 31. Oktober 2025*

Der gemeinsame Appell der Kämmerinnen und Kämmerer aus München, Nürnberg, Regensburg, Würzburg, Ansbach und Coburg zeigt deutlich: Die bayerischen Kommunen stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Steigende Sozialausgaben, Energiepreise, Baukosten und immer neue Aufgaben ohne ausreichende Gegenfinanzierung bringen Städte und Gemeinden an ihre Grenzen.

„Wenn selbst eine Stadt wie Coburg mit soliden Finanzen vor dem Kollaps warnt, ist das ein Alarmsignal für den ganzen Freistaat“, erklärt Klaus Ernst, Landesvorsitzender des BSW Bayern. „Die Kommunen müssen Schulen sanieren, Kitas betreiben, ÖPNV, Pflege und Integration stemmen – während Bund und Land sie mit immer neuen Pflichten und immer weniger Geld alleinlassen. Das ist Politik auf Kosten der Basis.“

Mit Blick auf die massiven Ausgaben des Bundes für Rüstung und Auslandseinsätze fügt Ernst hinzu:

„Angesichts von Hunderten Milliarden Euro, die derzeit in die Rüstungsindustrie fließen und im Ukraine-Krieg verpulvert werden, kann niemand mehr ernsthaft behaupten, für unsere Kommunen sei kein Geld da. Für Krieg und Waffen ist offenbar immer Geld vorhanden – nur nicht für die Menschen. Das ist ein Skandal.“

Das BSW Bayern fordert von der Staatsregierung und der Bundesregierung:

- Eine echte Finanzwende für Kommunen, mit dauerhaft höheren Anteilen an Steuereinnahmen,
- Vollen Ausgleich für gesetzlich übertragene Aufgaben, insbesondere in Sozial- und Integrationspolitik,
- Eine faire Verteilung des Infrastruktursondervermögens, bei der mindestens 70 Prozent an die kommunale Ebene fließen,
- Ein Ende des „Durchreichen von Sparvorgaben“, das die kommunale Selbstverwaltung aushöhlt.

„Unsere Demokratie wird vor Ort verteidigt – in Rathäusern, Schulen und Gesundheitseinrichtungen. Wenn Kommunen zu reinen Verwaltern des Mangels werden, verliert die Politik ihre Glaubwürdigkeit. Das dürfen wir nicht zulassen“, so Ernst weiter. „Während die Bundesregierung Milliarden für Rüstung und Prestigeprojekte freigibt, fehlt in den Städten das Geld für Busverbindungen, Jugendzentren und Pflegeheime. Das ist eine Frage politischer Prioritäten – und die müssen sich endlich zugunsten der Menschen ändern.“

Das BSW Bayern solidarisiert sich ausdrücklich mit den Kommunen und ihren Beschäftigten. Die Landesregierung müsse endlich aufhören, auf die Städte zu zeigen – und anfangen, sie zu stärken.

---

Mit freundlichen Grüßen

**Jürgen Siebicke**  
**Pressesprecher des BSW Bayern**